



DJG-Niedersachsen- Infomail Juli 2023

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder,

den Lippenbekenntnissen der Politik, die Bezahlung der Angestellten, die nicht auf Geschäftsstellen arbeiten und den Beamten an die Höhergruppierung anzupassen, folgten keine Taten, wie versprochen. Der Haushalt gebe es nicht her und das führe zu Forderungen aus anderen Ministerialbereichen, sind unserer Ansicht nach nicht haltbar. Die Verschuldung Niedersachsens sinkt und im Pflegesektor sowie bei den Lehrern geht es ja auch. Dabei sind die Summen, die in der Justiz in die Hand genommen werden müssten, demgegenüber Peanuts. Aber der Pflegesektor und die Lehrer gehen eben auch auf die Straße. Ich hoffe, dass wir in der Justiz das dieses Jahr auch noch hinbekommen oder jeder weiß, warum er nicht mehr bekommt, wenn er sich nicht engagiert.

Die Tarifverhandlungen der Länder werfen ihre Schatten voraus. Gerlind Hildebrandt (Fachbereich Tarif) und ich werde dieses Jahr persönlich an den Forderungsfindungen am 20. September in Hamburg teilnehmen. Wir werden unangenehm sein und unsere Vorstellungen, die höher liegen als die vom TvöD ordentlich verkaufen. Maßvoll waren wir die letzten Male. Jetzt muss ein Ausgleich her und eine sofortige Übertragung für Beamte und Versorgungsempfänger.

Unangenehm müssen wir auch in den Behörden und auf der Straße sein. Ein Streik wird dieses mal kaum abwendbar sein. Das ist im

öffentlichen Dienst schwierig, da Beamte eigentlich nicht streiken dürfen, aber wohl in ihrer Freizeit die Aktionen unterstützen, in der Mittagspause, an Gleittagen, in der Vertrauensarbeitszeit. Wenn die Rechtspflege stillsteht, wird man unruhig, dass verspreche ich.

Dazu ist noch zu sagen, der TvL, dem wir unterliegen sieht keine Schlichtung wie beim TvöD vor. Es werden also harte Tarifverhandlungen. Aber wir sind nicht allein. Die vielen anderen Fachgewerkschaften wie Polizei, Steuer, Straßenbau, Lehrer etc. stehen fest zusammen und werden im Zweifel auch sehr unangenehm sein. Soviel haben wir bereits im NBB und dbb beschlossen.

Wir für euch und ihr für uns!

Torsten Lieberam

Vorsitzender DJG Landesgewerkschaft Niedersachsen



Inhalt:

- **Gewerkschaftstag der DJG am 26.-27. September 2023**
Generationsübergreifend Zukunft gestalten, gemeinsam machen wir Justiz
- **Unser Partner, die BB-Bank informiert**
200 € Startguthaben für Mitglieder
- **Neuste Infos zum Jobrad, Dienstradleasing**
Steuerliche Förderung von Dienstfahrrädern für Beamte
- **Rettung des Bezirksvereins Oldenburg**
Arbeitsgruppe gebildet
- **Kurzbericht Fachbereich Justizwachtmeister**
Tagesordnung des FB JWM DJG Bund
- **Aus nbb und dbb**
Investitionen dürfen nicht erneut verzögert werden



<https://www.dbb-vorteilswelt.de/auto/>

Gewerkschaftstag der Deutschen Justiz- Gewerkschaft Niedersachsen e. V.

**„Generationsübergreifend Zukunft gestalten, gemeinsam
machen wir Justiz!“**

Es ist wieder soweit, wie alle fünf Jahre, findet dieses Jahr am 26.-27. September unser Gewerkschaftstag im AVALON Hotelpark in Königslutter statt.

Am 25.09. trifft sich der Landeshauptvorstand zu ersten Beratungen, am 26. 09. werden wichtige Themen für die Zukunft besprochen, es finden Neuwahlen statt und die Mitglieder erhalten erste Informationen zu den Tarifverhandlungen im Herbst. Am 27.09. sind diverse Gäste aus Politik und Gewerkschaftsarbeit geladen um über aktuelle Fragen zu diskutieren.

Themen sind unter anderem:

-Alimentation der Beamten, wie wird sich das MJ dem Thema stellen, um auf politischem Wege ein Umdenken beim Finanzminister zu erreichen (Unteralimentation aber und vor allem auch Ausgleich gegenüber dem BAG Urteil zur Höhergruppierung der Tarifbeschäftigten auf Geschäftsstellen der Justiz)

-Keine Pebsy-Bewertung von Wachtmeistern, wie stellt sich das MJ diesem Thema, wie soll zukünftig eine vernünftige Personalbedarfsplanung im Justizwachtmeisterbereich umgesetzt werden

-Nachwuchs gewinnen und halten ohne die anderen Generationen zu vergessen, welche Neuerungen sind geplant um konkurrenzfähig zu bleiben (bessere Besoldung, Anpassung der Besoldung, bessere Ausstattung am Arbeitsplatz und im Workflow, Verbesserung von mobilem Arbeiten und Telearbeit)

Interessenten, die als Delegierte oder Gastdelegierte teilnehmen wollen, sollten sich an ihre Bezirksvereine wenden.



Unser Partner, die BB-Bank informiert

Moin zusammen,

ab 01.08. wird unser Startguthaben für Neukunden erhöht.

75,-- Euro Startguthaben bei einem Geldeingang in Höhe von mind. 500,-Euro (in einer Summe) oder das Nutzen von mobilen Bezahlen
+ 75,-- Euro Startguthaben zusätzlich bei der Nutzung des Fino Konto Umzugsservice
+ 50,-- Euro Startguthaben für die Mitgliedschaft in einer dbb Gewerkschaft (auch für die Familienangehörigen*),

also **insgesamt 200 Euro Startguthaben** (das sind bei 2,95 Euro monatlich über 5 Jahre kostenloses Girokonto für alle über 30!),

Rechtzeitig zum Berufsstart bzw. für **Neukunden zwischen 18 und 30 Jahren** gibt es die **kostenlose Kontoführung plus 150+50 Euro Startbonus!*** und noch einiges mehr!

Für Bestandskunden, die uns weiterempfehlen kann es sich noch mehr lohnen...

Pro geworbenem Neukunden schenken wir jeweils 1 Jahr die Kontoführungsgebühr.

Alle Details sind ab 01.08. auf unserer Homepage <https://smex-ctp.trendmicro.com:443/wis/clicktime/v1/query?url=www.bbbank.de%2fddb&umid=c0ae9de0-b29a-478d-994d-edfb199d7a36&auth=89a36d789906e944486fe9a90ebf34396314a31a-0f52e29163168cf4d09ff767f3833f2266ac8dc0> zu finden.

Viele Grüße

Antje Stets

BBBank eG, Landesdirektorin Öffentlicher Dienst

Herrenstr. 2-10, 76133 Karlsruhe

Tel: 0162 2730942

E-Mail: antje.stets@bbbank.de



www.bbbank.de/dbb

Neuste Infos zum Jobrad

Ausbau der klimaneutralen Mobilität - Steuerliche Förderung von Dienstfahrrädern für Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter

Die Landesregierung hat am (heutigen) Dienstag eine Formulierungshilfe für den Niedersächsischen Landtag zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes beschlossen. Dadurch können Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter künftig an den auf einer Entgeltumwandlung basierenden Fahrradleasingmodellen teilnehmen. Diese Möglichkeit der Entgeltumwandlung war bisher nicht möglich.

Der Niedersächsische Landtag hatte die Landesregierung mit Beschluss vom 22. Februar 2023 gebeten, ihm einen Entwurf zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes vorzulegen. Mit der nun vom Kabinett beschlossenen Formulierungshilfe zum Dienstradleasing wird diesem Ersuchen entsprochen.

Schließt das Land Niedersachsen mit einem Fahrradanbieter einen Vertrag über ein Leasingmodell, können seine Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter bei diesem Anbieter vertragskonform Räder beziehen, die sie auch privat nutzen dürfen. Die Leasingrate wird dann von der Besoldung einbehalten und ist für die Nutzer steuerfrei.

Finanzminister Gerald Heere: „Das Fahrrad spielt für immer mehr Menschen eine große Rolle für ihre alltägliche Mobilität. Das hat nicht nur gesundheitliche, sondern auch verkehrs- und umweltpolitische Vorteile. Deshalb ist es nur zeitgemäß, dass das Land Niedersachsen als moderner Arbeitgeber die Nutzung des Fahrrads durch seine Beschäftigten unterstützt.“

Diese Option gilt leider noch nicht für die Tarifbeschäftigten des Landes, da es aktuell keine tarifvertragliche Regelung zur Entgeltumwandlung zum Zwecke des Fahrradleasings gibt. Niedersachsen wird sich als Mitglied des Arbeitgeberverbandes Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) für eine tarifvertragliche Lösung einsetzen.

Es bleibt also abzuwarten, mit wem das Land Niedersachsen einen Vertrag für die Beamten abschließt und was für unsere Angestellten bei den Tarifverhandlungen rauskommt.



dbb
vorteilswelt

E-Bike Abo
Powered by *GREENSTORM*

[E-Bikes im Abo. 6 -24 Monate. Portofrei & inkl. Versicherung \(greenstorm.eu\)](https://www.greenstorm.eu)

Rettung des Bezirksvereins Oldenburg

Am 23. März diesen Jahres legten der kommissarische Vorsitzende und der Kassenwart des Bezirksvereins Oldenburg ihre Tätigkeit mit sofortiger Wirkung nieder. Der Landesvorstand berief daraufhin am 15. Mai eine Jahreshauptversammlung ein. Es wurde schnell klar, dass im gesamten Bezirksverein keine Bereitschaft bestand, den Vorstand neu zu beleben. Grundsätzlich bestand aber die Idee, den Bezirksverein Oldenburg weiter am Leben zu erhalten. Die Jahreshauptversammlung unter der Leitung des Landesvorsitzenden beschloss, eine Arbeitsgruppe zur Belebung des Bezirksvereins Oldenburg zu gründen. Zur Arbeitsgruppe gehören: Anja Hechler, Helmut Leu (BV Aurich), Gerlind Hildebrandt (LV), Tasja Lange, Tobias Munsch (BV Osnabrück), Tim Sommer, Ralf Sextroh, Petra Schlömer-Thöle, Michael Pundsack, Martina Reinelt, Sandra Müller (LV), Tim Ehlers und Torsten Lieberam (LV). Dank an euch.

Diese Arbeitsgruppe trifft sich seitdem regelmäßig alle vierzehn Tage online und erarbeitet Konzepte zur Behebung der bestehenden Probleme um einem neuen Vorstand das Rüstzeug für gute Vereinsarbeit zu geben. Erste Ergebnis war die Einrichtung von Vertrauensleuten/Ansprechpartnern bei allen Justizbehörden im Bezirk. Dies gelang unter Mithilfe vieler Freiwilliger in den Behörden. Mein Dank gilt auch euch. Des Weiteren wurde ein neues Konto bei der BB-Bank eröffnet, dieses ist einfacher zu managen und gebührenfrei. Außerdem arbeitet

die Gruppe gerade daran, die Liste der Mitglieder und deren Daten zu aktualisieren. Dazu haben alle ein Formular übersandt bekommen. Ich erinnere an das Befüllen und die Rücksendung! Sobald alle Daten vorhanden sind, wird der Einzug wiederaufgenommen. Der Landeskassenwart und letztes verbliebenes Mitglied im Vorstand des BV Oldenburg, Tim Sommer, hat sich bereit erklärt, die Kasse weiterzuführen und neue Mitglieder einzuarbeiten.

Der Landesvorstand nimmt das zum Anlass Vereinfachungen im Mitgliedersystem der Gewerkschaft zu diskutieren und umzusetzen. Eine zentrale Mitgliederliste und vereinfachte Beitragsgestaltung stehen im Raum.

Jetzt suchen wir Mitglieder aus dem Bezirksverein Oldenburg, die bereit sind gelegentlich Zeit für ihren BV zu opfern und im Vorstand mitzuarbeiten. Das ist im Regelfall, wenn alle mitmachen nicht viel Arbeit. Listen pflegen, eine Jahreshauptversammlung organisieren und Gewerkschaftsaktionen mittragen. Das schweißt überbehördlich zusammen und macht Spaß. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe oder anderer BVs können das bestätigen.

Bitte meldet euch bei mir, wenn ihr aus dem BV Oldenburg seid und Interesse habt. Wir besprechen dann, wie ein Engagement aussehen kann.

Ich freue mich auf eine Zusammenarbeit

Euer Landesvorsitzender Torsten Lieberam

<https://www.dbb.de/mitgliedschaft-service/vorteilswelt.html>

<https://www.dbb.de/mitgliedschaft-service/vorsorgewerk.html>



Beste Vorteile. Beste Marken. Beste Rabatte.

Kurzbericht zur Sitzung des Fachbereichs Justizwachtmeister/DJG Bund

unserer neuer kommissarischen Fachbereichsleiter Kamil
Brycki teilt die Tagesordnung mit

**Tagesordnung zur Sitzung des Fachbereichs Justizwachtmeister
vom 03.-05. Juli 2023 in Königsutter**

1. Begrüßung
2. Vorstellung der Teilnehmer
3. Kurze Einführung in die Tagesordnung
4. Bestätigung des Protokollführers
5. Fachbereichsordnung
6. Bericht über die Hauptvorstandssitzung DJG Bund vom 17.-18.03.2023
7. Gewerkschaftstag DJG Bund 20.11. - 21.11.2023
8. Anträge an den Gewerkschaftstag (bis 20.08.2023)
9. Tarifverhandlungen
10. Ausbildung Justizwachtmeister (Sachstand)
11. Aufgabenkatalog Justizwachtmeister
12. Ausstattung der Justizwachtmeister
13. Elektronischer Rechtsverkehr (scannen)
14. Gewalt im öffentlichen Dienst
15. Gewerkschaftsarbeit
16. Außendarstellung
17. Mitgliederwerbung
18. Verschiedenes

Kontakt zum Fachbereichsleiter: Kamil.Brycki@justiz.niedersachsen.de



www.debeka.de



Stephan Weil: Starker Staat braucht starken öffentlichen Dienst

Für den Staat der Zukunft ist die Nachwuchsgewinnung von zentraler Bedeutung. Das hat Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil vor dem dbb Bundesvorstand in Hannover bekräftigt.

„Wir erleben grundlegenden Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen in rasender Geschwindigkeit: Pandemie, Digitalisierung, Demografie, Klimawandel, Migration. Die daraus resultierende Verunsicherung der Menschen ist eine enorme Herausforderung für den Staat und seine Beschäftigten. Dass wir durch die Krisen der vergangenen Jahre relativ gut durchgekommen sind, haben wir vor allem den Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst zu verdanken. Ohne einen starken öffentlichen Dienst gibt es keinen starken Staat“, sagte Weil am 19. Juni 2023 in Hannover bei der dortigen Sitzung des dbb Bundesvorstands. „Das alles wird zukünftig nicht ohne wirksame Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung funktionieren und dabei wird es dann auch um attraktive Einkommensbedingungen gehen. Wir leiden jetzt schon an einem eklatanten Fachkräftemangel im IT-Sektor und bei allen Bauberufen. Hier werden wir bei der Bezahlung im öffentlichen Dienst viel flexibler sein müssen, sonst hängt uns die Privatwirtschaft ab.“

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach verwies in diesem Zusammenhang auf die im Herbst anstehende Einkommensrunde für die Beschäftigten der Länder: „Benchmark ist der Abschluss mit Bund und

Kommunen aus dem Frühjahr. Denn Wettbewerb gibt es nicht nur zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft, sondern auch zwischen den Gebietskörperschaften. Hier haben die Länder also bald Gelegenheit, mindestens nachzuziehen.“ Silberbach verwies außerdem darauf, dass zu guten Arbeitsbedingungen mehr als nur faire Einkommen gehören. Mittlerweile seien durch die wachsende Gewaltbereitschaft selbst elementarste Dinge wie der Schutz der körperlichen Unversehrtheit der Beschäftigten gefährdet: „Egal ob Erzieherin, Jobcentermitarbeiter, Polizist oder Lehrerin - inzwischen sind nahezu alle Berufsgruppen im öffentlichen Dienst von Übergriffen und Gewalterfahrungen betroffen. Gerade angesichts des eklatanten Nachwuchsmangels ist es wichtig, dass potentielle Bewerber nicht den Eindruck bekommen, ihre Dienst- beziehungsweise Arbeitgebenden seien nicht Willens oder in der Lage, sie vor Übergriffen im Dienst zu schützen.“ Der Bundesvorstand ist zwischen dem alle fünf Jahre stattfindenden dbb Gewerkschaftstag das wichtigste Beschlussgremium des Dachverbands. In ihm sind alle 41 dbb Fachgewerkschaften und die 16 Landesbünde mit ihren Vorsitzenden vertreten.

>>> Mehr Informationen unter www.dbb.de

Aus nbb und dbb

Niedersachsen

Investitionen dürfen nicht erneut verzögert werden

Die jüngst veröffentlichte Steuerschätzung hat zwar nur begrenzte Mehreinnahmen für das Land Niedersachsen ergeben, gleichwohl ist die Situation in weiten Teilen des öffentlichen Dienstes sehr angespannt. Der Niedersächsische Beamtenbund warnt daher dringend vor weiteren Sparmaßnahmen und damit verbundenen Einschnitten. In Hinblick auf die bevorstehende Haushaltsklausur fordert er die niedersächsische Landesregierung auf, zukunftsfähige Investitionen in den öffentlichen Dienst voranzutreiben.

Alexander Zimbehl, 1. Landesvorsitzender des NBB dazu: „Angesichts der großen Herausforderungen des demografischen Wandels und des damit verbundenen dringenden Personalnachschubes, der Digitalisierung und der klimapolitischen Herausforderungen wären das erneute Ansetzen des Rotstiftes jetzt für unsere Beschäftigten das absolut falsche Signal!“. Die im Zuge der Haushaltsklausur im Jahr 2021 durch die damalige Landesregierung vereinbarten finanziellen Einschnitte und Maßnahmen zum Stellenabbau dürfen sich aus Sicht des NBB auf keinen Fall wiederholen. „Derartige Überlegungen werden nachdrücklichen Widerhall unseres Verbandes nach sich ziehen. Wir empfehlen der Landesregierung dringend, derartige Überlegungen zum Nachteil des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen gar nicht erst in Betracht zu ziehen!“, so Zimbehl weiter. So fordert der NBB die Landesregierung auf, endlich nachhaltig in den Personalhaushalt zu investieren, um die Funktionsfähigkeit aller Bereiche auch in den kommenden Jahren sicher zu stellen und einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst zu gewährleisten. Gleichzeitig ist das Land Niedersachsen aufgefordert, den niedersächsischen Kommunen angesichts ihrer besonderen Herausforderungen durch einen kommunalen Rettungsschirm endlich zusätzlich unter die Arme zu greifen.